

Köln, 16. Juli 2018

PRESSEMITTEILUNG zu KV-Vorschlägen für Notaufnahmegebühren

Steuerung durch Kooperationsmodelle ausbauen statt Strafgebühren erheben

Dr. Gehle: Solche Schnellschüsse sind unsozial und ohne Steuerungswirkung

Köln. Der Marburger Bund Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz lehnt die aktuellen Pläne der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und der Kassenärztlichen Vereinigungen in Bremen und Niedersachsen strikt ab, dass Patienten für die Aufsuche von Notfallambulanzen in Krankenhäusern zahlen sollen, sofern es sich nicht um einen Akutfall handelt.

„Solche Schnellschüsse sind in hohem Maße unsozial. Sie würden im Endeffekt nur mehr Bürokratie, aber gewiss nichts Vorteilhaftes bringen. Das hat uns doch schon die Praxisgebühr gezeigt. Sie hatte keine Steuerungswirkung und wurde folgerichtig wieder abgeschafft“, erinnert Dr. Hans-Albert Gehle, erster Vorsitzender des Marburger Bundes Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz. „Es könnte mitunter lebensgefährlich werden, wenn sozial schwächere Patienten verunsichert den Weg in die Klinik scheuten.“

Unstreitig ist, dass Millionen Patienten jährlich die Notfallambulanzen in Kliniken aufsuchen und die Ambulanzen oftmals überlastet sind. Richtig ist auch, dass manche Fälle nur einer ambulanten Behandlung bedürfen, die in Praxen geleistet werden könnte.

Tatsache ist aber auch, dass die Kassenärztliche Vereinigungen die Verantwortung dafür haben, einen ausreichenden und flächendeckenden Notfalldienst zu organisieren und dieser Sicherstellungsauftrag gelingt den KVen in vielen Regionen Deutschlands leider nicht. Viele Patienten suchten ferner Kliniken auf, obwohl Praxen regulär geöffnet haben oder ambulante Notfalldienstpraxen vorhanden sind.

„Statt Strafgebühren zu diskutieren oder einzuführen ist der flächendeckende Aufbau eines integrierten Notfallversorgungssystems voranzutreiben. Das ist politisch längst konsentiert. Der Reformbedarf ist lange erkannt worden“, betont Dr. Gehle.

„Die Versorgung der Notfälle darf nicht über die mehr oder weniger gut gefüllte Geldbörse, sondern muss vielmehr an einem gemeinsamen Tresen in einem Krankenhaus gesteuert werden. Dort soll geschultes Personal rund um die Uhr entscheiden, ob die Notfallpatienten in einer Praxis oder Klinik weiterbehandelt werden müssen“, erinnert Dr. Gehle an das Konzept, das der Marburger Bund gemeinsam mit der KBV in die Diskussion eingeführt hat. „Statt Patienten in einer echten oder auch nur vermeintlichen gesundheitlichen Notlage mit einer Notfallgebühr zu sanktionieren, sollte das Netzwerk von kooperierenden Versorgungsmodellen wesentlich schneller ausgebaut werden.“

Diese Pressemitteilung finden Sie im Internet unter www.marburger-bund.net

Wir behandeln Ihre Daten absolut vertraulich. Unsere Datenschutzerklärung finden Sie auf unserer Internetseite (<https://bit.ly/2kE9Xnv>). Sollten Sie nicht einverstanden sein, teilen Sie uns dies bitte mit. Sonst setzen wir Ihre Zustimmung voraus. Sollten Sie keine Pressemitteilungen mehr wünschen, senden Sie uns eine Mail: info@marburger-bund.net

**Marburger Bund
Landesverband
Nordrhein-Westfalen-
Rheinland-Pfalz**
Wörthstraße 20
50668 Köln

Pressesprecher:
Michael Helmkamp

E-Mail: michael.helmkamp@netcologne.de

Tel.: 0221 7200373

Mobil: 0173 7343504

Fax: 0221 7200386

Der 1947 gegründete Marburger Bund ist mit über 118.000 Mitgliedern der größte Berufsverband Europas und die einzige Gewerkschaft für angestellte und beamtete Ärztinnen und Ärzte in der Bundesrepublik. Im MB-Landesverband NRW/RLP sind über 31.000 Ärztinnen und Ärzte organisiert.